

Christlich Demokratische Union & Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTIONEN IM RAT DER STADT MEERBUSCH

CDU & Bündnis 90 / Die Grünen - Meerbusch

An die Vorsitzenden des
Bau- und Umweltausschusses Herrn Meyer-Ricks
und
des Planungsausschusses Herrn Jürgens
Stadt Meerbusch
- über Ratsbüro -
40667 Meerbusch-Büderich

Meerbusch, den 17.10.2011

**Antrag Klimaschutz
Information Windenergieerlass NRW
Auftrag Standortprüfung Meerbusch**

Sehr geehrter Herr Meyer-Ricks, sehr geehrter Herr Jürgens,

die Fraktionen CDU und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN beantragen

1. Eine gemeinsame Sitzung des Umwelt- und des Planungsausschusses zum Thema Windenergie.
2. Zu dieser Sitzung bitten die obigen Fraktionen einen sachkompetenten externen Referenten (z.B. Energieagentur oder Umweltministerium) einzuladen, der über die Rahmenbedingungen und die erweiterten Möglichkeiten der Windenergienutzung aufklärt.
3. Einen Prüfauftrag zu erteilen, mit dem Ziel der Klärung, in welchen Bereichen von Meerbusch - unter Berücksichtigung der veränderten Rechtslage in NRW - Windenergieanlagen aufgestellt werden könnten, welche max. Höhenbegrenzungen, Abstände zu Wohnbebauung oder anderen Objekten einzuhalten wären.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden Bauantrag für zwei Windenergieanlagen auf der Vorrangfläche in Meerbusch-Osterath mit dem Investor dahingehend zu hinterfragen und möglicherweise auszusetzen, bis eine neue Prüfung geklärt hat, ob die Zulassung der ursprünglich beantragten höheren Anlage möglich ist.

Begründung:

CDU und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN beabsichtigen im Rahmen der laufenden Klimaschutzaktivitäten der Stadt Meerbusch, die Erzeugung von regenerativer Energie

weiter zu fördern. Aus dem Windenergieerlass der NRW-Landesregierung ergeben sich neue Möglichkeiten, deren Anwendung für Meerbusch geprüft werden sollen.

Der Bau- und Umweltausschuss der Stadt Meerbusch hat am 19. Oktober dieses Jahres bereits den Auftrag formuliert, hierzu umfassend informiert zu werden.

Diese Informationen sollen nach Willen der antragstellenden Fraktionen aufgrund der planungsrechtlichen Relevanz in einer gemeinsamen Sitzung zeitnah erfolgen.

Eine Kooperationsoption mit angrenzenden Kommunen, insbesondere der Stadt Willich, sollte vorab abgeklärt werden.

Die Information soll neben den rechtlichen Aspekten auch die Möglichkeiten einer Beteiligung der Meerbuscher Bevölkerung aufzeigen.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Damblon / Jürgen Peters